

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz**

33. Abgeordnete  
**Mechthild  
Dyckmans**  
(FDP)
- Wie steht die Bundesregierung zu den auf europäischer Ebene diskutierten Vorschlägen einer Patentrechtsschutzpflichtversicherung, wie sie in der Studie „Patent Litigation Insurance, Final Report“ vom Juni 2006 der CJA Consultants Ltd. (<http://ec.europa.eu>) enthalten sind, und wie schätzt die Bundesregierung die durch eine derartige Versicherung auf die Patentrechtsinhaber zukommenden Belastungen ein?

**Antwort der Bundesministerin Brigitte Zypries  
vom 26. Januar 2007**

Die Bundesregierung ist von der Notwendigkeit der Einführung einer Patentrechtsschutzpflichtversicherung nicht überzeugt. Wie hoch die durch eine derartige Versicherung auf die Patentrechtsinhaber zukommenden Belastungen wären, kann die Bundesregierung nicht sagen. Der Bundesverband der Deutschen Industrie rechnet in seiner – ablehnenden – Stellungnahme gegenüber der EU-Kommission vom 8. Januar 2006 mit relativ hohen Prämien.

34. Abgeordnete  
**Mechthild  
Dyckmans**  
(FDP)
- Wie oft wurde in den letzten fünf Jahren in Deutschland gegen gebietsfremde Beschuldigte Untersuchungshaft mit der Begründung verhängt, dass wegen eines ausländischen Wohnsitzes Fluchtgefahr bestehe, und wie oft wurde im selben Zeitraum in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union gegen deutsche Beschuldigte Untersuchungshaft mit der Begründung verhängt, dass wegen eines nicht in diesem Staat gelegenen Wohnsitzes Fluchtgefahr bestehe?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Alfred Hartenbach  
vom 29. Januar 2007**

Zum ersten Teil der Frage (Untersuchungshaft in Deutschland) liegen der Bundesregierung keine statistischen Erkenntnisse vor. In der Strafverfolgungsstatistik wird zwar erhoben, ob bei Personen, über die die Strafverfolgungsstatistik berichtet, Untersuchungshaft vollzogen wurde. Allerdings wird dort bei Ausländern nicht erfasst, ob deren Wohnsitz im Ausland liegt. Außerdem differenziert das Auswertungsprogramm bei den Tabellen über die Untersuchungshaft nicht nach der Staatsangehörigkeit. In den übrigen Statistiken der Rechtspflege sind entsprechende Angaben ebenfalls nicht enthalten.

Auch zur Frage, wie oft in den letzten fünf Jahren in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union gegen deutsche Beschuldigte Untersuchungshaft mit der Begründung verhängt wurde, dass wegen eines nicht in diesem Staat gelegenen Wohnsitzes Fluchtgefahr bestehe, liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

35. Abgeordneter **Otto Fricke** (FDP) Sind Verpflichtungen, die der Bund bei vorfinanzierten Straßenbauprojekten eingegangen ist, relevant für die Bewertung des gesamtstaatlichen Defizits im Sinne des Stabilitäts- und Wachstumspakts von Maastricht?

#### **Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Karl Diller vom 29. Januar 2007**

Relevant für die „Maastricht-Rechnung“ sind die Buchungsregeln des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG).

Verpflichtungsermächtigungen werden in den Einnahmen und Ausgaben des Staates in der Abgrenzung des ESVG nicht erfasst.

Nach dem ESVG wird die private Vorfinanzierung von Straßenbauprojekten statistisch grundsätzlich so behandelt wie eine Finanzierung von Straßenbauprojekten über eine staatliche Kreditaufnahme. Dies bedeutet:

- Die Baumaßnahmen werden zum Zeitpunkt der Ausführung gemäß den Angaben der Baustatistik als Bauinvestitionen des Staates und damit als Maastricht-relevante Ausgabe defizitwirksam verbucht.
- Die Ratenzahlungen des Bundes aufgrund einer privaten Vorfinanzierung werden entsprechend den tatsächlich geleisteten Auszahlungen aus dem Bundeshaushalt (Kapitel 12 10 Titel 823 12) erfasst. Diese Zahlungen werden vom Statistischen Bundesamt als Zins und Tilgung verbucht. Der Zinsanteil wirkt sich als Maastricht-relevante Ausgabe des Staates auf das Maastricht-Defizit aus.

36. Abgeordneter **Jochen-Konrad Fromme** (CDU/CSU) Was gedenkt die Bundesregierung zu den vom Bundesrechnungshof in seinem Bericht „Bemerkungen 2006 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes“ unter Nummer 48 „Keine Erfolgskontrolle der Steuerfreiheit von Zuschlägen für Sonntags-, Feiertags- oder Nacharbeit“ gemachten Empfehlungen zu veranlassen?